



2005/44 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/2005/44/der-praesident-als-hassprediger>

Der Präsident als Hassprediger

Von **Wahied Wahdat-Hagh**

Mit Drohungen gegen Israel versucht sich der iranische Präsident im In- und Ausland Respekt zu verschaffen. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte die Hetze halbherzig. von wahied wahdathagh

Am 26. Oktober sprengte sich in der israelischen Stadt Hadera ein islamistischer Mörder in die Luft. In seiner Phantasie ging er ins Paradies ein. Tatsächlich riss er fünf Menschen mit in den Tod und verletzte 21 Personen. Zu dem Anschlag bekannte sich der Islamische Jihad, eine vom Iran, dem Mutterland des islamistischen Terrorismus, beeinflusste Organisation.

Am selben Tag sprach der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad auf einer Konferenz unter dem Titel »Eine Welt ohne Zionismus«, die in den Räumen des iranischen Staatsministeriums in Teheran stattfand, und an der unter anderen Vertreter der Hamas und des Islamischen Jihad teilnahmen. Israel, so erklärte er, »müsse von der Landkarte getilgt werden«. Die »neue Welle, die in Palästina im Gange ist«, werde »diesen Schandfleck im Herzen der islamischen Welt« bereinigen. Die Gründung des Staates Israel sei ein Produkt der »arroganten Politik des Westens, die sich gegen die islamische Welt« richte. »Der Westen« führe bereits seit Jahrhunderten einen Krieg gegen die islamische Welt. Im Übrigen sei Israel eine »Bastion«, die zur »Expansion der westlichen Welt in der gesamten islamischen Welt« diene. Daher sei es das »palästinensische Volk, das als Repräsentant der islamischen Nation gegen das hegemoniale System des Westens« kämpfe. Andererseits werde »jeder, der aus Naivität, Egoismus oder Hedonismus« Israel anerkenne, »im Feuer der islamischen Nation verbrennen«. Am iranischen Präsident ist ein wahrer Hassprediger verloren gegangen, wenn er von »unserem heiligen Hass« spricht, der nötig sei, um den »Feind zu besiegen«. Für die Palästinenser aber interessiert er sich nur insoweit, als dass diese den Krieg der Zivilisationen an vorderster Front führen sollen.

Ahmadinejad ist ein religiöser Soldat des Klerus. Als Khomeinist, der die Ziele der so genannten islamischen Revolution hochhalten will, hat er bei den letzten Wahlen innenpolitisch Punkte gemacht.

Mit seiner Rede, die für den Iran nichts Neues ist und zur Staatsdoktrin gehört, wollte er auch außenpolitisch punkten. Seine PR-Berater haben ihm wohl versichert, dass er außenpolitisch ernst genommen wird, wenn er vermittelt, seine revolutionäre Bereitschaft zur Islamisierung der Welt und zur Gründung eines palästinensischen Gottesstaates sei ernst gemeint. Ahmadinejad hat seine außenpolitischen Ziele mehrfach deutlich geäußert: Islamisierung durch Revolutionsexport. Suchte sein Vorgänger im Präsidentenamt, Khatami, die Akzeptanz der

Diktatur, indem er vom Dialog der Zivilisationen sprach, versucht der neue Präsident, Respekt durch aggressive Drohungen zu erlangen.

Innenpolitisch verfügt Ahmadinejad keineswegs über stabile Machtstrukturen. Er hat noch nicht einmal alle seine Minister ins Amt berufen können. Die Funktion des Präsidenten bleibt im Iran noch immer schwach, gegenüber dem Wächterrat und dem neu organisierten Schlichtungsrat. Nach Angaben der Zeitung Sharq hat der »religiöse Führer« Khamenei einen acht Jahre alten Plan abgesegnet, nach dem der Schlichtungsrat neue Machtbefugnisse bekommt. Er soll nicht mehr allein Khamenei beraten und zwischen dem Wächterrat und dem islamistischen Parlament, der Majless, vermitteln; darüber hinaus ist er nunmehr für die allgemeine politische Ausrichtung des Systems, die politische Umsetzung des vierten Entwicklungsplans und die Entwicklung von Strategien für die Zukunft zuständig. Zudem sollen zukünftig alle drei Gewalten direkt vom Schlichtungsrat kontrolliert werden.

Rafsandjani als Vorsitzendem des Schlichtungsrats steht der ehemalige Pasdar (Revolutionswächter) Mohssen Resai als Stellvertreter zur Seite. Beide gewinnen dadurch an Einfluss, insbesondere Rafsandjani rückt näher an den »religiösen Führer« Khamenei heran. Auf institutioneller Ebene ist Khamenei weiterhin der mächtigste Mann der Diktatur, Rafsandjani ist durch die Stärkung des Schlichtungsrats mit mehr Befugnissen als der Präsident Ahmadinejad ausgestattet.

Der Präsident ist also im Zugzwang. Er muss beweisen, dass er bereit und in der Lage ist, das iranische Atomprogramm entschieden durchzusetzen. Es könnte ihm auch innenpolitisch nützen, wenn er außenpolitisch den starken Pasdar spielt.

Zudem ist in den vergangenen Tagen eine Verhärtung des Regimes auch auf kulturellem Gebiet zu beobachten. Nach Angaben der Politologin und Iran-Expertin Azadeh Kian Thiébaud ist eine Entscheidung zu erwarten, alle als »liberal«, »feministisch« oder »laizistisch« beurteilten Filme, die »die Propaganda des Weltunterdrückers« – das heißt der USA – verbreiteten oder Drogenkonsum begünstigten, zu verbieten, um das Ziel »der idealen, auf dem Koran gegründeten Gesellschaft« zu erreichen. Das berichtete die französische Tageszeitung Le Monde. Parallel dazu habe sich der Druck auf die Frauen im Hinblick auf das Tragen »islamischer« Kleidung, insbesondere des Schleiers, verstärkt, Mitglieder der Sittenpolizei würden in den Straßen patrouillieren, um Frauen, die sie als schlecht bedeckt beurteilen, zur Ordnung zu rufen. Thiébaud zufolge zielen die Verschärfungen auf innen- wie auf außenpolitischer Ebene darauf, Ahmadinejads Versagen im Hinblick auf seine Wahlversprechen – den Kampf gegen die Korruption, die Reduzierung der sozialen Ungleichheiten, die Verminderung der Arbeitslosenrate – zu verdecken.

Nach vehementer Kritik aus dem Ausland an den Äußerungen Ahmadinejads fühlte sich das iranische Außenministerium bemüßigt zurückzurudern. »Der Iran fühlt sich der UN-Charta verpflichtet. Er hat niemals Gewalt gegen ein anderes Land angewandt oder gedroht, Gewalt anzuwenden«, hieß es am Samstag in einer Erklärung. Das Land habe auch nicht die Absicht, Israel anzugreifen. Die Erklärung beinhaltete allerdings gleichzeitig einen Blankoscheck für palästinensische Terroranschläge. Das Ministerium betonte nach Informationen der Nachrichtenagentur Reuters, man werde die Palästinenser unterstützen, egal welchen Weg sie zur Lösung des Nahost-Konflikts einschlugen.

Auch der UN-Sicherheitsrat hat den Aufruf zur Vernichtung Israels »verurteilt«, das Wort »scharf« wusste unter anderen Algerien, das derzeit den Vorsitz der Rates innehat, zu verhindern. Die UN-Erklärung wurde nur in einer Pressemitteilung veröffentlicht und nicht als Stellungnahme auf einem formellen Ratstreffen. Die britische Regierung war mit der halbherzigen Reaktion des UN-Sicherheitsrats nicht einverstanden und forderte am Sonntag erneut eine schärfere Reaktion. Das wäre jedoch keinesfalls im Interesse deutscher Unternehmen. »Bei einem Wirtschaftsembargo würde für deutsche Unternehmen der wichtigste Markt im Mittleren und Nahen Osten wegbrechen«, sagte Jochen Clausnitzer von der Deutschen Industrie- und Handelskammer kurz nach den Äußerungen Ahmadinejads.